

OFFENBACH-POST

Offenbacher Zeitung

Dienstag, 1. November 2022

Nr. 254 · D 5461 · A · € 2,00

Endspiel in Lissabon

Eintracht kämpft um Verbleib in der Königsklasse » SPORT SEITE 31

Frühling im Herbst

Wetterdienst konstatiert „extrem warmen“ Oktober » PANORAMA SEITE 40

Entscheidung in Brasilien

Luiz Inácio Lula da Silva gewinnt Präsidentschaftswahl » POLITIK SEITE 3



EIN-SPRUCH

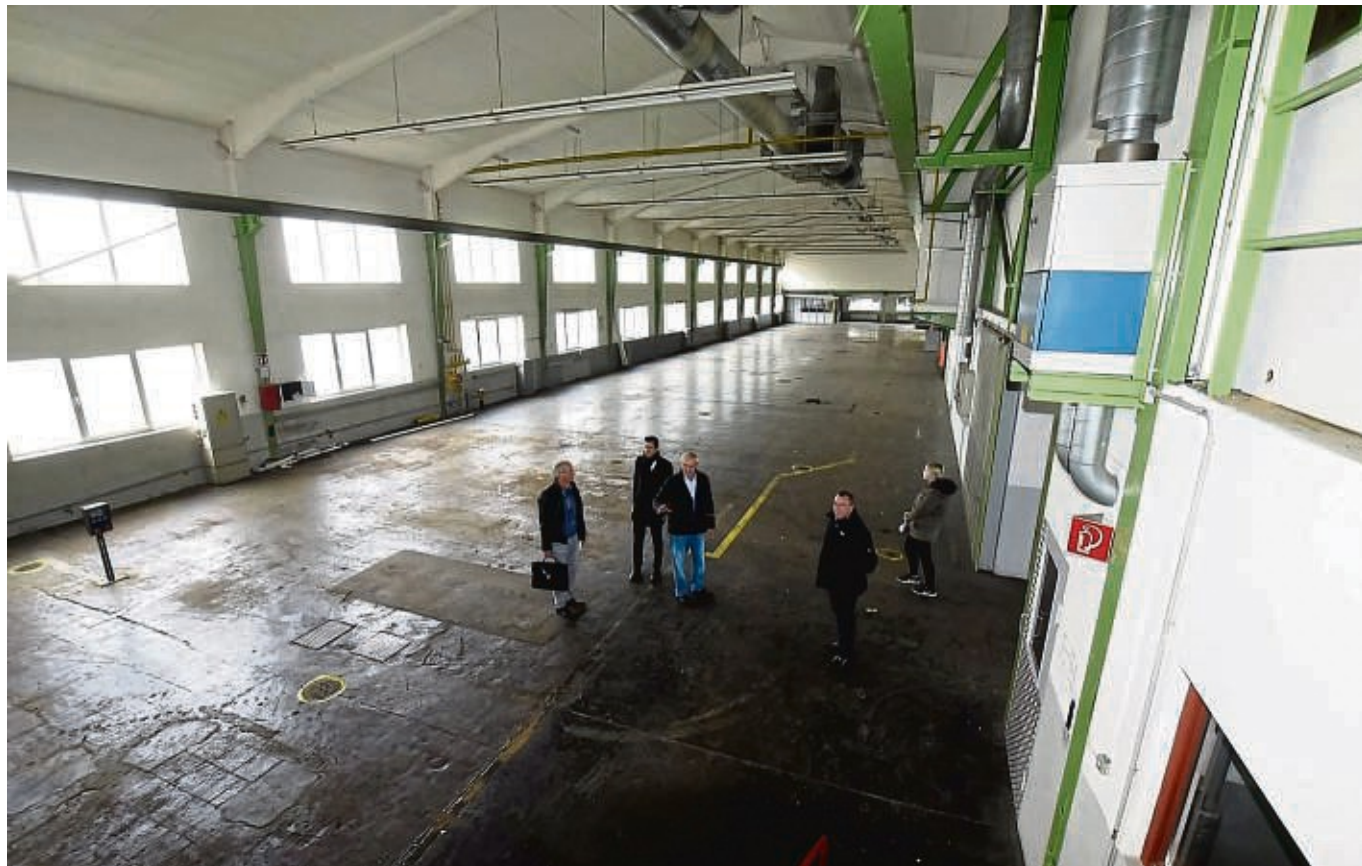


Die Alternative zu einem gerechten Frieden darf nicht endloser Krieg sein

Annette Kurschus, Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), hat zu verstärkten Bemühungen um eine Waffenruhe in der Ukraine aufgefordert

Karl-Meyer-Werk bereit zum Abriss

Wo derzeit noch leere Hallen und Ruinen des ehemaligen Karl-Meyer-Werks mit seiner Ausbildungswerkstatt, der Kantine im Karl-Meyer-Gesellschaftshaus und das achtstöckige Verwaltungsgebäude der Firma stehen, sollen bald Wohnungen, eine Kindertagesstätte und ein Spielplatz im Grünen entstehen. Fritz Mayer, einer der drei Brüder des Unternehmensgründers Karl Mayer und verantwortlich für Bauprojekte, und der Ingenieur Manfred Westenberger boten bei einer Führung letzte Einblicke in das Werk. FOTO: PROCHNOW



Zeugen berichten von dramatischen Szenen

Hanau/Wiesbaden – Ein Überlebender des rassistischen Anschlags von Hanau sowie mehrere Polizisten und Helfer haben gestern im Untersuchungsausschuss des Hessischen Landtags von teils dramatischen Szenen am Tatabend berichtet. Ein 41-jähriger Zeuge war zu Besuch in einem Kiosk gewesen, der zu den Tatorten zählt. Er habe sich mit einem Sprung hinter die Theke retten können, sagte er als Zeuge und berichtete, wie neben ihm Opfer starben. Ein Rettungsassistent schilderte, er sei von Passanten bedrängt und auch festgehalten worden. Je mehr Menschen an dem Abend zu dem Tatort gekommen seien, umso aufgeheizter sei die Stimmung gewesen. Auch Polizisten berichteten von Panik und Chaos. dpa » HANAU SEITE 22

OFFENBACH

Energie einsparen

Stromsparen ist in aller Munde, doch bei den Offenbacher Geschäften sind kaum noch Möglichkeiten zur Reduktion des Energiebedarfs möglich. Das Abschalten der Außenbeleuchtung habe mehr symbolischen Charakter, heißt es aus dem Komm. » SEITE 11

SELIGENSTADT

Krisen-Manager

Die Seligenstädter Brauerei Gaaßbräu muss sich nach der Corona-Pandemie der nächsten Krise stellen: gestiegene Energie- und Getreidekosten, fehlende Rohstoffe wie Kohlensäure und Grünas sowie Dumpingpreise der Industrie. » SEITE 24

DREIEICH

Guten Mutes

Die vier Karnevalvereine in Dreieich hoffen auf eine Kampagne ohne größere Corona-Restriktionen. Allesamt planen sie mit Sitzungen. Sie waren in den vergangenen beiden Jahren ausgefallen. Das Prinzenpaar wird vom TSC Bimbär gestellt. » SEITE 18

Ukrainische Getreideexporte gehen weiter

Beladene Frachter sind Richtung Istanbul unterwegs – ohne Zustimmung Russlands

Kiew/Istanbul – Trotz der Aussetzung des Getreideabkommens durch Russland gehen die Exporte aus der Ukraine über das Schwarze Meer vorerst weiter. Nach Angaben der Vereinten Nationen liefen zwölf Schiffe aus ukrainischen Häfen aus und zwei steuerten die Ukraine an, um Lebensmittel zu laden. Sie fahren damit ohne Zustimmung Russlands durch einen Seekorridor, der laut Abkommen nicht angegriffen werden darf – der Kiew will das aber nicht akzeptieren. Unterdessen beschloss Russland im morgendlichen Berufsverkehr wieder zahlreiche ukrainische Städte mit Raketen – darunter die Hauptstadt Kiew. Im ganzen Land gab es Luftalarm, die ukrainische Flugabwehr war aktiv, wie die dortigen Behörden mitteilten. Bei den Angriffen wurde er-

neut wichtige Infrastruktur getroffen. Tote oder Verletzte wurden zunächst nicht gemeldet. Russland hatte erklärt, besonders die Energie-Infrastruktur des Nachbarlands ins Visier zu nehmen. Die Ukraine sprach von „Energieterror“. Die Vereinbarung über ukrainische Getreideexporte war im Juli von den Vereinten Nationen (UN) und der Türkei vermittelt worden. Russland hatte sie am Samstag ausgesetzt und dies mit ukrainischen Drohnenangriffen auf seine Schwarzmeerflotte auf der Halbinsel Krim begründet. Auf Grundlage der bisherigen Vereinbarungen werden die Frachter zunächst von ukrainischen Schiffen durch vermintes Gebiet in internationale Gewässer gelotst. Dann fahren sie weiter in den vereinbarten Seekorridor. Auch an

den Exporten beteiligte Häfen dürfen laut Abkommen nicht angegriffen werden. Die UN, Ankara und Kiew hatten sich am Sonntag darauf geeinigt, die Transporte auch ohne Mitwirkung Russlands fortzusetzen. Nach Lesart der Vereinten Nationen kann der Export trotz der von Russland angekündigten Aussetzung des Abkommens weitergehen. „Un-

ser Verständnis ist, dass Initiative und Verpflichtungen auch während der Aussetzung der Teilnahme Russlands in Kraft bleiben“, sagte UN-Nothilfekordinator Martin Griffiths am Montag bei einer Sitzung des UN-Sicherheitsrates in New York. Es blieb zunächst unklar, ob die Vereinten Nationen den Export der Getreidelieferungen auch auf lange Sicht

ohne Russlands Teilnahme fortführen wollen. Russland will die Fortsetzung der Exporte über das Schwarze Meer nicht zulassen. Die Vereinbarung könne „nicht ohne uns umgesetzt werden“, sagte der russische UN-Botschafter Wasili Nebensja bei Sitzung des UN-Sicherheitsrates in New York. Gleichzeitig könne Moskau „eine ungehinderte Passage von Schiffen ohne unsere

Inspektion nicht zulassen“, sagte Nebensja. Russland hatte zuletzt mit einem Ausstieg aus der Vereinbarung gedroht, weil es seine eigenen Getreide- und Düngerausfuhr nicht genügend gefördert sah. Als Grund wählte es nun den Angriff auf die Schwarzmeerflotte. Allerdings zeigte diese Attacke, wie verwundbar die russische Marine selbst in einem ihrer wichtigsten Häfen ist. Moskau stürzte den Schiffsverkehr im Getreidekorridor zunächst nicht. Die Türkei will weiter vermitteln, um das Abkommen zu retten. Verteidigungsminister Hulusi Akar telefonierte am Montag mit seinem russischen Kollegen Sergej Schoigu. Akar bat Moskau, die Entscheidung zur Aussetzung noch einmal zu überdenken, teilte sein Ministerium mit. dpa

Tschechisch-ukrainisches Treffen in Kiew

Trotz der neuen russischen Raketenangriffe auf die Ukraine ist Tschechiens Ministerpräsident Petr Fiala am Montag mit sieben Ministern nach Kiew gereist. Dort stand eine gemeinsame Sitzung mit dem ukrainischen Kabinett auf dem Programm – eine Premiere seit Beginn des russischen Angriffskriegs auf das Nachbarland vor mehr als acht Monaten. Tschechien hat noch bis zum Jahresende in

der EU die Präsidentschaft inne. Unter der liberalkonservativen Regierung hat das EU- und Nato-Land in diesem Jahr bereits Rüstungsgüter im Wert von umgerechnet mehr als 1,9 Milliarden Euro an die Ukraine geliefert. Am Sonntag waren Zehntausende in Prag auf der Straße, um Solidarität mit der Ukraine zu bekunden. dpa

Schwierige Mission in Katar

Sportministerin Faeser pocht auf Einhaltung der Menschenrechte

Berlin – Drei Wochen vor Beginn der Fußball-Weltmeisterschaft ist Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) nach Katar gereist. Wie eine Sprecherin des Innenministeriums bestätigte, ist Faeser, die auch für den Sport zuständig ist, wie geplant gestern aufgebrochen, um sich vor Ort selbst ein Bild zu machen und auf die Einhaltung der Menschenrechte in dem arabischen Land zu dringen. Begleitet wird sie von DFB-Präsident Bernd Neuendorf. Die Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung, Luise Amtsberg (Grüne), hatte kurzfristig beschlossen, doch nicht mitzureisen. Am Sonntag hatte Amtsberg dies mitgeteilt und erklärt, die Reise zu einem späteren Zeitpunkt nachholen zu wollen. Die Entwicklungen am Wochenende hätten ihr verdeutlicht, „wie schwierig es in der derzeitigen Situation im Vorfeld der Fußball-Welt-

meisterschaft ist, mit der katarischen Regierung die von mir geplanten offenen und auch kritischen Gespräche über die Menschenrechtslage in Katar zu führen“. Berichten zufolge war zuvor der deut-

sche Botschafter in Katar einbestellt worden, nachdem Faeser öffentlich die WM-Vergabe an das Land wegen der dortigen Menschenrechtslage problematisiert hatte. Auch der Golf-Kooperationsrat, dem

neben Katar auch Bahrain, Kuwait, Oman, Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate angehören, hatte in einem Statement Faesers Kritik scharf zurückgewiesen und sich gegen eine deutsche Einmischung in innere Angelegenheiten verwahrt. Faeser will auch mit Blick auf künftige internationale Sportveranstaltungen dafür werben, dass deren Vergabe an menschenrechtliche Standards geknüpft wird. Bei ihrer Reise will sie nach Ministeriumangaben unter anderem den Umgang mit queeren Menschen und die Lage der Arbeitsmigranten thematisieren. Die Fußball-WM in Katar beginnt am 20. November. Die parlamentarische SPD-Geschäftsführerin, Katja Mast, stärkte Nancy Faeser den Rücken. „Wer nicht mehr miteinander redet, kann gleich aufhören, Politik zu machen“, sagte sie. ept



Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) wird am Flughafen von Doha empfangen. FOTO: DPA

Verkehrssektor verfehlt Klimaziele

Berlin – Die bisher geplanten Maßnahmen der Bundesregierung reichen nicht aus, um die Klimaziele im Verkehrssektor bis 2030 zu erreichen. Das geht aus Eckpunkten für ein Klimaschutz-Sofortprogramm der Bundesregierung hervor, die gestern aus Kreisen des Bundeswirtschaftsministeriums bekannt geworden sind. Demnach bliebe im Ver-

kehrssektor bis 2030 noch immer ein Minderungsbedarf von 118 bis 175 Millionen Tonnen Treibhausgas, der durch die Maßnahmen aus dem Sofortprogramm nicht gedeckt wäre. Bis zum Frühjahr 2023 sollen weitere Instrumente vorliegen, um die Lücke zu schließen, hieß es weiter. In allen anderen Sektoren würden die Ziele erreicht. dpa

Berlin prüft weitere Sanktionen gegen Iran

Berlin – Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) hat das gewaltsame Vorgehen der Sicherheitskräfte im Iran gegen Demonstranten verurteilt und weitere Strafmaßnahmen in Aussicht gestellt. „Unsere EU-Sanktionen sind wichtig, wir prüfen weitere Schritte“, schrieb Scholz gestern bei Twitter. Bundesaußenministerin Anna-

lena Baerbock (Grüne) hatte am Sonntag im „Bericht aus Berlin“ gesagt, „dass wir prüfen werden, wie wir die Revolutionsgarde auch als Terrororganisation listen können“. Der Kanzler erklärte: „Es bestürzt mich, dass bei den Protesten im Iran friedlich demonstrierende Menschen ums Leben kommen.“ afp

Heute	Morgen
17° / 11°	15° / 8°

GEWINNZAHLEN	SEITE 4
BÖRSE	SEITE 6
WETTER	SEITE 30
TV-PROGRAMM	SEITE 38

Pressehaus Bintz-Verlag GmbH & Co.KG
63002 Offenbach
Postfach 100263
Abonnement: ☎ 069 85008-5
Zentrale: ☎ 069 85008-0
Anzeigen: ☎ 069 85008-8
anzeigen@op-online.de
leserservice@op-online.de

